

Öffentliche Straßen

Sauthoff

3., völlig überarbeitete Auflage 2020
ISBN 978-3-406-69103-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse
Band 32


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliche Straßen

Straßenrecht – Straßenverkehrsrecht –
Verkehrssicherungspflichten

von

Prof. Dr. Michael Sauthoff

Präsident des Oberverwaltungsgerichts und des Finanzgerichts a. D.
Honorarprofessor an der Universität Greifswald

3., völlig überarbeitete Aufl.

2020


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitierweise: Sauthoff Öffentl. Straßen Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 69103 4

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

CO₂
neutral


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Buch ist den Rechtsverhältnissen der öffentlichen Straßen gewidmet. Es soll für die Praxis zunächst die Fragen behandeln, die die Entstehung und Änderung von öffentlichen Straßen aufwerfen. Die Inanspruchnahme öffentlicher Straßen wird einerseits durch die straßenrechtlichen Vorschriften über Gemeingebrauch und Sondernutzung geregelt, andererseits durch die Normen des Straßenverkehrsrechts und – mittelbar – durch den Zustand der Straßen, die der Nutzer aus dem Gesichtspunkt der Straßenbaulast und vor allem der Verkehrssicherung erwarten kann. Das Werk verknüpft daher die drei Rechtsgebiete (Straßenrecht, Straßenverkehrsrecht, Verkehrs(sicherungs)recht als Teil des Zivilrechts) miteinander. Schließlich werfen öffentliche Straßen vielfältige Probleme des Verhältnisses zu den Anliegern und Nachbarn auf, die als Straßennachbarrecht darzustellen sind. Hinzu kommen vielfältige Umweltbelange, die sowohl aus der Sicht der Betroffenen wie der Allgemeinheit zu berücksichtigen sind. Ihre Bedeutung erstreckt sich auf nahezu sämtliche Teilbereiche des Rechts der öffentlichen Straßen.

Das Werk will die genannten Aspekte für die Praxis verbinden. Die Verknüpfungen sollen zunächst in einem neuen Teil 1 dargestellt werden. Über ausführliche interne Verweise, das ausführliche Inhaltsverzeichnis und ein detailliertes Stichwortverzeichnis sollen ebenfalls Zusammenhänge hergestellt werden.

Das Straßenplanungsrecht wird nicht behandelt, soweit es nicht Sachzusammenhänge mit dem Straßen- und Straßenverkehrsrecht erfordern; insoweit sei auf den Beitrag des Verfassers in Ziekow (Hrsg.), Praxis des Fachplanungsrechts, 2. Aufl. 2016 verwiesen. Die prozessuale Umsetzung straßenrechtlicher Fragen wird in dem Beitrag des Verfassers in Johlen (Hrsg.) Münchener Prozessformularbuch, Bd. 7, Verwaltungsrecht, 4. Aufl. München 2016 behandelt.

Das Manuskript wurde im April 2020 abgeschlossen. Die Internet-Nachweise wurden zuletzt am 5.7.2020 eingesehen.

Für Hinweise auf Fehler und sonstige Anregungen ist der Verfasser jederzeit dankbar (michael.sauthoff@gmx.de).

Greifswald, im April 2020

Prof. Dr. Michael Sauthoff

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	IXX
Literaturverzeichnis	XXXI
Teil 1: Grundlagen	1
§ 1 Öffentliche Straßen und ihre Regelungsbereiche	1
Teil 2: Straßenbestandsrecht	25
§ 2 Widmung	25
§ 3 Ein- und Umstufung	93
§ 4 Einziehung und Teileinziehung	123
§ 5 Straßenverzeichnisse	143
Teil 3: Nutzungsrecht	149
§ 6 Gemeingebrauch	149
§ 7 Anliegergebrauch	175
§ 8 Öffentlich-rechtliche Sondernutzung	186
§ 9 Privatrechtliche Gestattung	238
Teil 4: Sonstiges Straßennachbar- und Anliegerrecht	251
§ 10 Zufahrt und Zugang	251
§ 11 Anbaubeschränkungen	285
§ 12 Weitere nachbarrechtliche Beschränkungen	298
Teil 5: Straßenbaulast und Verkehrssicherung	305
§ 13 Straßenbaulast	305
§ 14 Verkehrssicherung	353
§ 15 Straßenbeleuchtung	410
Teil 6: Straßenreinigungsrecht	415
§ 16 Straßenreinigung innerhalb der geschlossenen Ortslage	415
§ 17 Reinigungspflicht außerhalb der geschlossenen Ortslage	459
§ 18 Übermäßige Verunreinigungen	462
Teil 7: Sonstiges Straßenordnungsrecht	469
§ 19 Bezeichnung der Grundstücke	469
Teil 8: Straßenverkehrsrecht	473
§ 20 Grundlagen des Straßenverkehrsrechts	473
§ 21 Verkehrsrechtliche Vorgaben außerhalb des Straßenverkehrsrechts i. e. S.	479
§ 22 Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen – Allgemeiner Teil	495
§ 23 Verkehrsrechtliche Anordnungen im Einzelnen	535
§ 23 Verbot verkehrsgefährdender Betätigungen und Ausnahmen	597

§ 24 Sonderrechte nach § 35 StVO	607
§ 25 Ausnahmen von verkehrsrechtlichen Vorschriften und Anordnungen	610
§ 26 Durchsetzung von verkehrsrechtlichen Ge- und Verboten (Abschleppen)	626
§ 27 Verkehrsrechtliche Haftungsansprüche	638
Sachverzeichnis	649


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Grundlagen	1
§ 1 Öffentliche Straßen und ihre Regelungsbereiche	1
A. Öffentliche Straßen im Straßenrecht	1
I. Begriff der Straße	1
II. „Öffentliche“ Straße	2
III. Rechtsfolgen der straßenrechtlichen Öffentlichkeit	3
IV. Gegenbegriff: Privatstraße	6
B. Öffentliche Straßen in sonstigen Rechtzusammenhängen	6
I. Straßenverkehrsrecht	6
II. Verkehrssicherungsrecht	9
III. öffentliche Flächen nach anderen Rechtsgebieten	10
C. Abgrenzung des Straßenrechts zu anderen Regelungsbereichen	11
I. Verhältnis des Straßenrechts zum Straßenverkehrsrecht	11
II. Abgrenzung des Straßenverkehrsrechts zu anderen Materien	15
D. Materien des Rechts der öffentlichen Straßen	16
I. Straßenplanungsrecht	16
II. Straßenbestandsrecht	17
III. Straßennutzungsrecht	17
IV. Straßennachbarrecht	19
V. Straßenordnungsrecht	19
VI. Straßenunterhaltung und Verkehrssicherung	20
VII. Straßenumweltrecht	21
Teil 2: Straßenbestandsrecht	25
§ 2 Widmung	25
A. Grundlagen	25
B. Widmung durch Widmungsverfügung	26
I. Verfügungsbefugnis des Straßenbaulastträgers	26
II. Zustimmung des Straßenbaulastträgers	30
III. Ermessen zur Widmung	30
IV. Verfahren	36
V. Wirksamwerden der Widmung	38
C. Umfang der öffentlichen Straße	41
I. Bestimmtheit der Widmung und ihre Auslegung	41
II. Funktioneller Umfang der öffentlichen Straße	41
III. Räumliche Ausdehnung	52
D. Weitere Verfahren der Widmung	54
I. Widmung in einem förmlichen Planungsverfahren	54
II. Widmung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag	59
III. Widmung bei außergewöhnlichen Ereignissen (§ 6a Sächs StrG)	59
E. Elastizität der Widmung	60
I. Grundgedanke	60
II. Voraussetzungen	61
III. Verfahren	64
F. Altrechtliche Straßen	65
I. Anknüpfungspunkte	65
II. Bundesfernstraßen	66
III. Alte Straßen nach Maßgabe von Straßenverzeichnissen	67
IV. Alte Straßen als tatsächlich öffentliche Straßen	67
V. Alte Straßen als öffentliche Straßen im Rechtssinne	69
VI. Umfang des Gemeingebrauchs	78

G. Rückständiger Grunderwerb	78
I. Problemlage	78
II. Übernahmeanspruch des Eigentümers	79
III. Enteignung	82
IV. Vertragliche Regelung	83
H. Veränderung oder Wegfall der Widmung	83
I. Rechtsschutz	84
I. Klärung der Öffentlichkeit einer Straße	84
II. Klage auf Beseitigung der Widmung	86
III. Verpflichtungsklage auf Widmung	91
§ 3 Ein- und Umstufung	93
A. Bedeutung der Einstufung	93
B. Straßenklassen	94
I. Übersicht	94
II. Gemeinsame Kriterien	95
III. Straßen des überörtlichen Verkehrs	100
IV. Straßen des örtlichen Verkehrs	107
V. Rechtsprechung zu einzelnen Konstellationen	111
VI. Radschnellverbindungen	111
VII. Regelungen in den Stadtstaaten	112
VIII. Ortsdurchfahrt und Ortsumgehung	113
C. Einstufung	113
I. Einstufungsentscheidung	113
II. Gesetzliche Einstufung (Neuordnungen)	114
D. Umstufung	115
I. Umstufungsverfügung	115
II. Umstufungsvereinbarung	119
III. Besonderheiten bei Bundesstraßen	120
IV. Rücknahme einer unzutreffenden Einstufung	121
V. Rechtsfolgen einer Umstufung	121
VI. Rechtsschutz	121
§ 4 Einziehung und Teileinziehung	123
A. Grundlagen	123
I. Begriffe und Gesetzesaufbau	123
II. Abgrenzung zu straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmen	125
III. Unzulässige Funktion der Einziehung	126
B. Einziehung wegen Verlustes der Verkehrsbedeutung	127
I. Bundesfernstraßengesetz	127
II. Landesstraßengesetze	127
III. Rechtsfolgen einer Einziehung	128
C. (Teil) Einziehung aus (überwiegenden) Gründen des öffentlichen Wohls	129
I. Ziel der Entscheidung	129
II. Einziehung aus (überwiegenden) Gründen des öffentlichen Wohls	129
III. Rechtswirkungen	136
D. Verfahren	136
I. „Elastizität“	136
II. Allgemeinverfügung	137
III. Einziehung in einem förmlichen Planungsverfahren	138
E. Rechtsschutz	139
I. Anfechtung der (Teil-)Einziehung	139
II. Verpflichtungsklage	142
§ 5 Straßenverzeichnisse	143
A. Straßen- und Bestandsverzeichnisse	143
B. Rechtsbereinigende Bestandsverzeichnisse	144
Teil 3: Nutzungsrecht	149
§ 6 Gemeingebrauch	149
A. Grundsätze	151

B. Abstrakter Gemeingebrauch	153
I. Inhalt der Widmungsverfügung	153
II. Gesetzliche Erweiterungen für Nutzung durch Träger der Daseinsvorsorge	154
III. Grenze des Straßenverkehrsrechts	154
IV. Verkehrszweck	155
V. Unerwünschte Verhaltensweisen	159
VI. Kommunikative Nutzungen	160
C. Konkreter Gemeingebrauch	168
I. Grenze der erkennbaren tatsächlichen Beschaffenheit der Straße	168
II. Schranke der Gemeinverträglichkeit	169
D. Vorübergehende Beschränkungen des Gemeingebrauchs	169
E. Kosten der Ausübung des Gemeingebrauchs	171
I. Grundlagen	171
II. Maut	171
III. Parkgebühren	172
IV. Übermäßige Inanspruchnahme des Gemeingebrauchs	173
V. Sonstige Mehrkosten	175
§ 7 Anliegergebrauch	175
A. Verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt	176
I. Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums	176
II. Anwendungsvorgaben	178
B. Gesteigerter Gemeingebrauch (Anliegergebrauch)	180
I. Allgemeine Bestimmung	180
II. Einzelheiten	183
III. Anderweitige Anliegerinteressen	186
§ 8 Öffentlich-rechtliche Sondernutzung	186
A. System der Sondernutzungen	187
B. Sondernutzungen	188
I. Standort der Nutzung	188
II. Beeinträchtigung des Gemeingebrauch	189
III. Altrechtliche Sondernutzungen	190
C. Sondernutzer	191
D. Ermessensentscheidung über Sondernutzungserlaubnis	191
I. Zulässige Ermessenserwägungen	191
II. Bedeutung der Grundrechte	198
III. Weitere allgemeine Vorgaben	202
E. Erforderlichkeit einer zusätzlichen privaten Gestattung	204
F. Verfahren	205
I. Abschließende anderweitige Regelung	205
II. Verhältnis zu straßenverkehrsrechtlichen Entscheidungen	206
III. Verhältnis zur Anlagenzulassungen	208
IV. Verfahrensgang	210
G. Inhalt der Erlaubnis	211
I. Festlegung der Erlaubnis	211
II. Nebenbestimmungen	212
H. Rechtsstellung und Verpflichtungen des Sondernutzers	213
I. Rechtsstellung	213
II. Verpflichtungen des Sondernutzers	213
III. Kosten der Ausübung der Sondernutzung	214
I. Entfallen der Nutzungsmöglichkeit	222
I. Aufhebung nach §§ 48 ff. VwVfG	222
II. Hoheitliche Beendigung	224
III. Wegfall der Ausübungsgrundlage	224
J. Rechtsschutz	224
I. Rechtsschutz des Antragstellers	224
II. Rechtsschutz Dritter	225

K. Sondernutzungssatzung	227
I. Grundsätzliche Vorgaben	227
II. Regelungsinhalt	227
III. Rechtsschutz	230
L. Sondernutzungsvertrag	230
I. Öffentlich-rechtlicher Vertrag	230
II. Vertrag mit Ausschließlichkeitsklausel (v. a. Werbenutzungsvertrag; Wertstoffsammlung aus einer Hand)	231
M. Einschreiten gegen unerlaubte Sondernutzung	233
I. Entscheidungsvorgaben	233
II. Ordnungsbehördliches Einschreiten, zivilrechtliches Vorgehen	236
III. Zivilrechtliche Ersatzansprüche	237
N. Sondernutzung für stationsbasiertes Carsharing	237
§ 9 Privatrechtliche Gestattung	238
A. Tatbestände	239
B. Entscheidung	241
I. Grundsätze	241
II. Versorgungsleitungen	243
3. Versorgungsleitung in Ortsdurchfahrten	248
C. Rechtsschutz	249
Teil 4: Sonstiges Straßennachbar- und Anliegerrecht	251
§ 10 Zufahrt und Zugang	251
A. Grundlagen	251
I. Definition von Zufahrt und Zugang (Zuwegung)	251
II. Regulationssystematik des FStrG und der Landesstraßengesetze	252
B. Das Recht der Straßenanlieger	253
I. Kein Anspruch auf Erhalt der Straße	253
II. Konstellationen unerheblicher Maßnahmen	254
III. Anliegerbelange in Planungs- und Ermessensentscheidungen	255
IV. Beseitigung, Änderung, Unterbrechung oder Erschwerung der Zuwegung	257
C. Erlaubnispflichtige Zugänge und Zufahrten	270
I. Lage	270
II. Anlage oder Änderung	271
III. Erlaubnispflichtigkeit	272
IV. Entscheidungsvorgaben	273
V. Verfahren	276
VI. Bauverpflichtung und Kostenersatz	277
VII. Aufhebung der Erlaubnis einer Zufahrt	277
VIII. Einschreiten gegen Zufahrt ohne Erlaubnis	277
D. Sonstige Zugänge und Zufahrten	278
I. Umstrittene Rechtslage	278
II. Sondernutzungspflichtige Zuwegungen	280
III. Generell erlaubnisfreie Zuwegungen	280
E. Überfahrtenregelungen der Stadtstaaten	284
§ 11 Anbaubeschränkungen	285
A. Grundsätze	285
I. Sinn und Zweck der Anbauregelungen	285
II. Bedeutung von Festsetzungen im Bebauungsplan	286
III. Vorverlagung bei Straßenplanungen	287
B. Betroffene Straßenbereiche	288
C. Anbauverbote	289
I. Errichtung von (Hoch)Bauten bzw. baulichen Anlagen in Verbotszone ..	289
II. Errichtung baulicher Anlagen mit Anschluss an Straße	291
III. Dispens	292
D. Anbaubeschränkung	294
I. Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen in Beschränkungszone	294
II. Änderung von baulichen Anlagen mit Zugang oder Zufahrt	294

III. Landesrecht	295
IV. Zustimmung	295
E. Werbeanlagen	296
F. Bauliche Anlagen innerhalb der zur Erschließung bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt	297
G. Entschädigung	298
§ 12 Weitere nachbarrechtliche Beschränkungen	298
Teil 5: Straßenbaulast und Verkehrssicherung	305
§ 13 Straßenbaulast	305
A. Voraussetzungen der Straßenbaulast	305
B. Bestimmung des Straßenbaulastträgers	306
I. Grundsätze	306
II. Ortsdurchfahrten	311
III. Ortsumgehung	319
IV. Umleitungen	319
V. Unterhaltungslast von Straßenentwässerungsanlagen	321
VI. Private als Träger der Straßenbaulast	326
VII. Kreuzungsrecht	327
VIII. Übertragung der Straßenbaulast (Sonderbaulast)	333
IX. Genehmigungspflichten des Straßenbaulastträgers	335
C. Rechtsfolgen des Wechsels der Straßenbaulast	335
I. Anwendungsbereich	335
II. Übergang von Rechtspositionen	336
III. Einstandspflicht des bisherigen Straßenbaulastträgers	338
D. Gegenstand der straßenrechtlichen Baulast	339
I. Maßnahmen	339
II. Umfang	342
III. Finanzierung	345
IV. Warnung vor Gefahrenstellen	345
E. Genehmigungspflichten	346
F. Ansprüche im Zusammenhang mit der Straßenbaulast	347
I. Ansprüche Dritter gegen Straßenbaulastträger	347
II. Ansprüche des Straßenbaulastträgers gegenüber Dritten	352
III. Klärung der Straßenbaulast	353
§ 14 Verkehrssicherung	353
A. Rechtsgrundlagen	354
I. Haftungsgrund	354
II. Deliktshaftung nach § 823 BGB	355
III. Amtshaftung nach § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG	356
IV. Schadenersatz	357
B. Verkehrssicherungspflichtiger	359
I. Grundsätze	359
II. Wegerechtlich öffentliche Flächen	360
III. Tatsächlich öffentliche Verkehrsflächen	362
IV. Kreuzungen	362
V. Der öffentlichen Straßen benachbarte Grundstücke	363
VI. Einschaltung Dritter	363
C. Typisierende Merkmale einer VSP-Verletzung	366
I. Grund-Formel	366
II. Umfassende Interessen- und Güterabwägung	367
III. Geschützter Personenkreis	371
D. Einzelne Anforderungen bei öffentlichen Wegeflächen	371
I. Konkretisierung bei Straßen	371
II. Fahrbahn für Kfz-Verkehr	373
III. Möblierung und Gestaltung besonderer Verkehrsflächen	385
IV. Fahrradweg	387
V. Fußweg	388

VI.	Parkflächen	394
VII.	Baustellen	396
VIII.	Mäharbeiten	400
IX.	Straßenbäume	401
X.	Beleuchtung	407
XI.	Hecken, Bepflanzungen und Gegenstände	408
XII.	Brücken	408
XIII.	Steinschlaggefahr	409
XIV.	Warnung vor Gefahrenstellen, Verkehrszeichen und -einrichtungen	409
§ 15	Straßenbeleuchtung	410
A.	Aufstellung	410
I.	Zweck	410
II.	Vorgaben für die Einrichtung	410
III.	Auswahlentscheidung	411
B.	Abwehrrechte	412
Teil 6: Straßenreinigungsrecht	415
§ 16	Straßenreinigung innerhalb der geschlossenen Ortslage	415
A.	Abgrenzungen der Reinigungs- und Winterdienstverpflichtungen	415
B.	Inhalt der Verpflichtung	418
I.	Grundsätze	418
II.	Fläche	419
III.	Inhalt der polizeilichen Reinigungspflicht	420
C.	Verpflichtete	435
I.	Gemeinde als grundsätzlich Verpflichtete	435
II.	Übertragung auf Anlieger bzw. Berechtigte an erschlossenen Grundstücken	436
III.	Übertragung auf Dritte	448
D.	Straßenreinigungsgebühren	450
I.	Grundlagen	450
II.	Gebührentatbestand	450
III.	Gebührenpflichtige Grundstücke	450
IV.	Gebührenmaßstab	452
V.	Gebührenkalkulation	457
VI.	Heranziehung	458
§ 17	Reinigungspflicht außerhalb der geschlossenen Ortslage	459
A.	Anwendungsbereich	459
B.	Inhalt der Verpflichtung	460
I.	Grundsätze	460
II.	Reinigungspflicht	460
III.	Winterdienst	460
§ 18	Übermäßige Verunreinigungen	462
A.	Straßenrechtliche Regelungen	462
I.	Tatbestand	462
II.	Umfang der Reinigungspflicht	463
III.	Kostenerstattungspflicht	464
B.	Übermäßige Verunreinigung gemäß § 32 StVO	465
C.	Sonstige Regelung	466
I.	Straßenbaulast	466
II.	Verkehrssicherungspflicht	466
III.	Sonstige Rechtsgrundlagen	466
D.	Kostensersatzansprüche der Gemeinde gegenüber dem Straßenbaulastträger	468
Teil 7: Sonstiges Straßenordnungsrecht	469
§ 19	Bezeichnung der Grundstücke	469
A.	Grundlagen	469

B. Straßename	469
C. Hausnummern	471
Teil 8: Straßenverkehrsrecht	473
§ 20 Grundlagen des Straßenverkehrsrechts	473
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben	473
I. Kompetenzrechtliche Befugnisse des Straßenverkehrsrechts	473
II. Grundrechtliche Relevanz	474
B. Untergesetzliche Regelungen	477
I. Verordnungen	477
II. Bedeutung der VwV-StVO	478
§ 21 Verkehrsrechtliche Vorgaben außerhalb des Straßenverkehrsrechts i. e. S.	479
A. Einführung	481
B. Gesetz zur Elektromobilität	481
C. Carsharinggesetz	483
D. Luftreinhalteplanung	484
I. Luftreinhaltemaßnahmen	484
II. Verkehrsbeschränkungen und -verbote ohne Luftreinhalteplanung	489
III. Rechtsschutz	490
E. Lärminderungsplanung	491
I. Planung	491
II. Verkehrsbeschränkungen und -verbote	493
III. Rechtsschutz	494
F. Vorgaben in sonstigen Planungsakten	494
§ 22 Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen – Allgemeiner Teil	495
A. Materielle Vorgaben	496
I. Generelle Ausrichtung	496
II. Grundsatz: Einzelausweisung – Ausnahme: Zonenanordnung	496
III. Tatbestandsvoraussetzungen für Ge- oder Verbote	497
IV. Tatbestandsvoraussetzungen für Gefahrenzeichen	500
V. Tatbestandsbeschränkende Maßgaben des § 45 Abs. 9 StVO	500
VI. Ermessensentscheidung	503
VII. Zulässige Anordnungen	513
B. Einvernehmen der Gemeinde	513
C. Verfahren	515
I. Verwaltungsverfahren bei Anordnung	515
II. Zusicherung	516
III. Bekanntgabe durch VZ und VE	517
D. Wirksamkeit	524
I. Nichtigkeit	524
II. Befristung und temporäre Regelung	525
III. Aufhebung und Beseitigung des VZ bzw. der -einrichtung	525
E. Rechtsbehelfe	526
I. Anfechtungswiderspruch und -klage	526
II. Leistungsklage	532
III. Verpflichtungsklage	533
IV. Vorbeugender Rechtsschutz	535
§ 23 Verkehrsrechtliche Anordnungen im Einzelnen	535
A. Generalklausel (§ 45 Abs. 1 S. 1 StVO)	536
I. Gründe der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs	536
II. Ermessen	538
III. Einzelne Maßnahmen	539
B. Anordnungen im Zusammenhang mit dem Straßenzustand und Baumaßnahmen .	550
I. Verkehrsbeschränkungen zur Verhütung außerordentlicher Schäden an der Straße (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 StVO)	550
II. Verkehrsbeschränkungen zur Durchführung von Arbeiten im Straßenraum (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 StVO)	550
III. Bahnübergänge von Eisenbahnen und Straßenbahnen	554

C. Anordnungen aus Immissionsschutzgründen	555
I. Allgemeine Voraussetzungen	555
II. Anordnungen zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 und 5 StVO)	557
III. Gebiets- und Anlagenschutz vor Verkehrsimmissionen (§ 45 Abs. 1a StVO)	565
IV. Anordnungen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Abgase (§ 45 Abs. 1b Nr. 5 HS 1 StVO)	566
D. Sonstige umweltrechtlich begründete Anordnungen	566
I. Anordnungen zum Schutz der Gewässer und Heilquellen (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 StVO)	566
II. Arten- und Biotopschutz (§ 45 Abs. 1a Nr. 4a StVO)	567
E. Anordnungen mit städteplanerischem Einschlag	567
I. Kennzeichnung von Fußgängerzonen (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 3 StVO)	567
II. Kennzeichnung von verkehrsberuhigten Bereichen (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 3 StVO)	569
III. Ergänzende Anordnungen in Fußgänger- und verkehrsberuhigten Zonen	571
IV. Tempo-30-Zone (§ 45 Abs. 1c StVO)	572
V. Verkehrsberuhigte Geschäftsbereiche (§ 45 Abs. 1d StVO)	575
VI. Fahrradzonen	575
VII. Anordnungen zur Unterstützung der städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 5 2. Alt. StVO)	576
F. Parkregelungen	577
I. Bewohnerparkplätze (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 2a StVO)	577
II. Parkmöglichkeiten für Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung und Blinde (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 2 StVO)	583
III. Sonstige Gründe der Parkraumbewirtschaftung, Zonenhalteverbot	585
IV. Parkflächen für E-Mobile (§ 45 Abs. 1g StVO)	586
V. Parkbevorrechtigung für Carsharing (§ 45 Abs. 1h StVO)	587
VI. Sonstige Anordnungen	587
G. Sonstige sicherheitsbezogene Anordnungen	590
I. Anordnungen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 StVO)	590
II. Anordnungen im Zusammenhang mit der Einrichtung von gebührenpflichtigen Parkplätzen für Großveranstaltungen (§ 45 Abs. 1 S. 1b Nr. 1 StVO)	591
III. Pannensicherung (§ 47 Abs. 7a StVO)	591
H. Verkehrsregelungen im Zusammenhang mit mautpflichtigen Strecken	591
I. Umsetzung des Verkehrsplans des Konzessionärs (§ 45 Abs. 1e StVO)	592
II. Unterbindung von Mautausweichverkehr	592
I. Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit (§ 45 Abs. 8 StVO)	594
J. Weitere Anordnungen (§ 45 Abs. 3 StVO)	594
I. Grundlagen und Zuständigkeiten	594
II. Gefahrzeichen	594
III. Richtzeichen	595
IV. Haltestellen des ÖPNV	596
K. Anordnung zur Erforschung und Erprobung (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 StVO)	596
§ 23 Verbot verkehrgefährdender Betätigungen und Ausnahmen	597
A. Veranstaltungen	597
I. Zweck der Verbote nach § 29 StVO	597
II. Rennen (§ 29 Abs. 1 a. F. StVO; § 315d StGB)	598
III. Erlaubnispflichtige Veranstaltungen (§ 29 Abs. 2 StVO)	598
IV. Großraum- und Schwerverkehr (§ 29 Abs. 3 StVO)	600
V. Verbot von störenden Veranstaltungen (§ 30 Abs. 2 StVO)	601
B. Verbot von Sport und Spiel (§ 31 StVO)	601
C. Verbot des Hindernisaufbringens (§ 32 StVO)	602
I. Verbot	602
II. Ausnahme	603
III. Beseitigungsanordnung	604
D. Verkehrsbeeinträchtigungen (§ 33 StVO)	604

§ 24 Sonderrechte nach § 35 StVO	607
§ 25 Ausnahmen von verkehrsrechtlichen Vorschriften und Anordnungen	610
A. Anwendungsbereich	610
B. Grundsätze der Ermessensentscheidung nach § 46 StVO	611
I. Ermessenszwecke	611
II. Ermessensausübung	612
III. Nebenbestimmungen als Teil der Ermessensentscheidung (§ 46 Abs. 3 StVO)	618
IV. Anspruch auf fehlerfreie Ermessensentscheidung	619
V. Rechtsschutz	619
C. Ausnahmenerlaubnisse im Einzelnen	619
I. Halte- und Parkverbote	619
II. Sonntagfahrverbot (§ 46 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 StVO)	621
III. Ausnahmen von verkehrsrechtlichen Anordnungen (§ 46 Abs. 1 Nr. 11 StVO)	621
IV. Ausnahmen zur Förderung der E-Mobilität (§ 46 Abs. 1a StVO)	622
D. Verfahren	622
I. Geltung des allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts	622
II. Zuständigkeit	622
III. Antrag	623
IV. Sachverhaltsermittlung	623
V. Beteiligung anderer Behörden	624
VI. Bescheid	624
E. Rechtsschutz	625
I. Rechtsschutz des Antragstellers	625
II. Rechtsschutz Dritter	625
§ 26 Durchsetzung von verkehrsrechtlichen Ge- und Verboten (Abschleppen)	626
A. Grundsätze	626
B. Sicherstellung	628
I. Gefahr für das oder von dem Fahrzeug	628
II. Abschleppfälle als Sicherstellung	629
C. Abschleppfälle als Vollstreckung der Wegfahrpflicht	629
I. Verstoß gegen Anordnungen durch VZ oder -VE	629
II. Verstoß gegen gesetzliche Ge- oder Verbote	630
III. Zuständigkeit	632
IV. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	633
V. Kostenerstattung	635
VI. Prozessuale Grundsätze	637
§ 27 Verkehrsrechtliche Haftungsansprüche	638
A. Verkehrsregelungspflicht	638
I. Verpflichtete	638
II. Inhalt der Verkehrsregelungspflicht	639
B. Schutzgesetze i. S. v. § 823 Abs. 2 BGB	647
Sachverzeichnis	649

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG